

Mehr Geld für Beratung von Schwangeren

HANNOVER. Mit einer Petition zur besseren finanziellen Absicherung der Schwangerschaftsberatungsstellen haben Vertreter des Vereins „donum vitae“ beim Landtagspräsidenten Bernd Busemann in Hannover vorgesprochen.

Die Landesvorsitzende des Vereins, Monika Niermann, dringt auf eine 95-prozentige Förderung der Personal- und Sachkosten statt der bisherigen 80 Prozent. Nur so sei es möglich, auch zukünftig ein qualifiziertes Beratungsangebot vorhalten zu können, heißt es in einer Mitteilung des Vereins. Im Jahr 2004 hatte das Bundesverwaltungsgericht mit Sitz in Leipzig entschieden, dass Schwangerschaftsberatungsstellen einen Anspruch darauf haben, 80 Prozent der notwendigen Personal- und Sachkosten vom Staat zu erhalten. „Die ehrenamtlich tätigen Vorstände sind jedoch damit überfordert, die fehlende Finanzierung über Spendengelder einzuwerben“, so Niermann.

Sie betonte, dass die Arbeit der Beratungsstellen ein wichtiger Bestandteil des Lebensschutzes sei, den das Schwangerschaftskonfliktgesetz durch eine möglichst umfassende Beratung gewährleisten wolle. „Donum vitae“ führt Regionalvereine im Emsland, im Kreis Cloppenburg, Hannover, Lüneburg, Osnabrück und Vechta mit insgesamt 22 Beratungsstellen.



Zum Foto von links bei der Petitionsübergabe am 04.04.2017 in Hannover: Angelika Knoll, Dorothee Gepp, Prof. Dr. M. Monika Niermann (alle Emsland), Landtagspräsident Bernd Busemann, Monika Worgul (Wolfsburg), Margareta Meyer (Hildesheim / Hannover)